

Berlin, 28. März 2019

**agrarheute Magazin**  
**WPSEU 015/2019****1 Wie sollten die Direktzahlungen ab 2020 gestaltet werden? (Degression, Kappung, gekoppelt, Auslauftermin ..)****Antwort:**

Geld aus dem europäischen Agrarbudget muss den Grundsatz „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ erfüllen. Das bedeutet, dass Subventionen künftig an Umwelt-, Klima- oder Tierschutzleistungen ausgerichtet sein müssen.

Die europäische Agrarpolitik braucht eine EU-weit einheitliche, verbindliche Deckelung der Direktzahlungen, ohne Degression und ohne die Arbeitskräfte-Anrechnung. Es ist nicht vermittelbar, dass eine kleine Unternehmenszahl, die bereits von erheblichen Größenvorteilen profitiert, einen Großteil der europäischen Gelder abschöpft. Leistungen für Umwelt- und Klimaziele sollen bei der Deckelung unberührt bleiben.

Wenn große landwirtschaftliche Betriebe viel für Umwelt, Klima und Tierwohl tun, sollen sie dafür auch entsprechend entlohnt werden. Flächen mit großem Nutzen für Umwelt und Klima, wie etwa Grünland, müssen zukünftig höhere Zahlungen erhalten als Ackerfläche. Damit soll der Umweltnutzen auf der Fläche nicht nur ausgeglichen, sondern angemessen entlohnt werden.

Wir fordern, dass Umwelt-, Klima- und Tierschutz auch in der Fläche zukünftig besser bezahlt werden. Deshalb braucht die GAP ein eindeutig abgegrenztes Budget, dass in allen Mitgliedstaaten für diese Maßnahmen reserviert sein muss.

Wir fordern außerdem eine faire Unterstützung der JunglandwirtInnen, eine stärkere Stützung der ersten Hektare und die Förderung der benachteiligten Gebiete. Umschichtungen zwischen den Säulen dürfen ausschließlich von der 1. Säule in die 2. Säule passieren.

In Deutschland gibt es keine gekoppelten Zahlungen und dabei sollte es im Grundsatz auch bleiben. In den Mitgliedstaaten, die daran festhalten wollen, muss klar geregelt werden, dass diese Zahlungen zu keiner Überproduktion führen und keine negativen Folgen für Umwelt und Klima sowie das Tierwohl haben dürfen. Dies würde auch den deutschen LandwirtInnen zugutekommen, da dies mögliche Verzerrungen auf dem europäischen Binnenmarkt minimieren soll.

Für uns SozialdemokratInnen sind gekoppelte Zahlungen höchstens in klar begrenzten Ausnahmefällen, wie zum Beispiel bei der Förderung der innereuropäischen Produktion von Eiweißpflanzen oder in der Ziegen- und Schafhaltung denkbar.

## **2 Sollte die EU den Ökolandbau stärker fördern?**

### **Antwort:**

Der ökologische Landbau ist ein besonders auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes landwirtschaftliches Produktionssystem. Der Öko-Sektor produziert qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel. Darüber hinaus erbringt der ökologische Landbau eine Vielzahl gesellschaftlich erwünschter Leistungen. Daher wollen wir den Öko-Landbau in der EU auch weiterhin stärker fördern. Der Sektor muss durch weiteres Wachstum auch in die Lage versetzt werden, die große Nachfrage nach Bio-Produkten in der EU zu bedienen. Das robuste Wachstum des Sektors wollen wir weiterhin unterstützen und setzen uns in diesem Sinne für eine praxisgerechte Umsetzung der neuen Öko-VO ein.

## **3 Sollte die EU ihr Gentechnikrecht so anpassen, dass Züchtungsverfahren wie Crispr/Cas Eingang in die landw. Praxis finden?**

### **Antwort:**

Das Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofes ist klar: Crispr/Cas-Verfahren fallen unter die geltenden EU-Regeln zur Gentechnik. Diese Verfahren sollen also zukünftig streng kontrolliert werden und die daraus entstehenden Produkte bedürfen einer entsprechenden Kennzeichnung. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofes begrüßen wir, da es Rechtssicherheit bringt. Grundsätzlich stehen wir dem Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ablehnend gegenüber. Wie eine große Mehrheit der Bevölkerung wollen wir keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf unseren Äckern.

## **4 Brauchen wir ein europäisches Tierwohllabel?**

### **Antwort:**

Die geplante, freiwillige staatliche Tierwohllkennzeichnung in Deutschland ist ein erster Schritt, aber ein zu kleiner, der für uns nicht ausreicht. Zu allererst muss es verpflichtend sein und für alle Nutztiere gelten.

Wir finden, dass die Kriterien deutlich höher sein müssen als beim gesetzlichen Standard vorgesehen. Zu viele unterschiedliche Label verwirren nur die Verbraucherin und den Verbraucher. Einige wenige andere europäische Mitgliedstaaten haben ebenfalls freiwillige, staatliche oder privatwirtschaftliche Tierwohllabel.

Deshalb fordern wir ein europäisches Tierwohllabel, nach dem Vorbild der Eierkennzeichnung, die gut funktioniert und von den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch angekommen wurde. Sie ist die einzige Lösung, die langfristig funktionieren wird, auch ohne den europäischen Binnenmarkt zu verzerren.

Generell ist außerdem ein Gesamtkonzept dringend notwendig, wie mit Tieren umgegangen werden soll und wie zukünftig Lebensmittel produziert werden. Daher fordern wir SozialdemokratInnen eine europäische Nutztierstrategie.

## **5 Muss die EU-Pflanzenschutzzulassung reformiert werden?**

### **Antwort:**

Vielorts spüren wir die Folgen eines intensiven Pestizideinsatzes. Nicht nur der Verlust von Insekten, sondern auch die Belastung des Grundwassers sind dafür symptomatisch. Hier muss sich Einiges ändern.

Die SPD ist der Meinung, dass das Zulassungsverfahren von Pestiziden reformiert werden muss und setzt sich dafür ein, dass dies in einem unabhängigen, objektiven und transparenten Verfahren geschieht. Dafür sind folgende Punkte zentral:

Neue Studien machen deutlich, dass das Gefahrenpotential für Bestäuber, Biodiversität und uns Menschen aktuell nur teilweise erfasst wird. Insbesondere die Folgen von Pestizid-Mischungen und die Langzeitfolgen des Pestizid-Einsatzes werden bisher nur ungenügend erforscht. Das muss sich ändern.

Die jahrzehntelange Anreicherung von Pestizidrückständen im Boden hat fatale Auswirkungen auf die Bodenvitalität. Wir fordern, in der EU-Gesetzgebung endlich maximale Rückstandswerte für Oberflächengewässer und Böden festzulegen. Neue Erkenntnisse aus der Forschung, wie etwa die Gefahr durch an Staubpartikeln haftende Pestizidabbauprodukte, müssen dazu führen, dass auch aktuelle Zulassungen neu bewertet werden.

Es müssen neue Kapazitäten für die Bewertung von (Wieder-)Zulassungsanträgen in den Mitgliedstaaten geschaffen werden, denn die Behörden sind aktuell überfordert. Es ist nicht akzeptabel, dass zahlreiche Produkte durch Notfallzulassungen weiterhin auf dem Markt sind und in vielen Mitgliedstaaten der aktuelle Gesetzesrahmen nur ungenügend umgesetzt wird.

## **6 Mit welchen Instrumenten sollte die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel unterstützt werden?**

**Antwort:**

Die europäische Landwirtschaft muss grundsätzlich nachhaltiger werden. Dafür wollen wir in der neuen GAP-Reform die Basis legen. Für uns ist dabei der schrittweise Ausstieg aus den Flächenprämien richtungsweisend. Nur wenn wir Landwirtinnen und Landwirte für ihre Leistungen in Sachen Umwelt-, Klima- und Tierschutz ordentlich bezahlen, können wir unsere Landwirtschaft nachhaltiger machen und gleichzeitig ein faires Einkommen für den Sektor sicherstellen. Für die SPD ist die flächengebundene Landwirtschaft, weniger Mineraldüngereinsatz sowie weniger stickstoffreiches und regionales Futter und die umweltfreundliche Ausbringung von Gülle zentral. Im Allgemeinen muss der Sektor, wie übrigens alle anderen auch, mit klaren Berechnungen zeigen, dass er sich am Klimaschutz beteiligt. Ein wirkungsvoller Beitrag zum Klimaschutz ist in allen Bereichen unseres Wirtschaftens selbstverständlich.

**7 Sind Sie für Einsparungen im EU-Agrarhaushalt oder sollten die Mitgliedstaaten notfalls auch ihre Beiträge erhöhen, um den Etat aufrechtzuerhalten?**

**Antwort:**

Ein starkes Agrarbudget ist wichtig, damit die Gemeinsame Agrarpolitik ihre Aufgaben erfüllen kann. Jedoch muss hierbei gewährleistet werden, dass das Geld zielgerichtet ausgegeben wird. Die Landwirtschaft soll nicht weniger Geld erhalten, sondern mit zielgenauen Programmen und Leistungen Gemeinwohlleistungen für Klima-, Umwelt- und Tierschutz erbringen.

Wir wollen einen EU-Haushalt, der den Anforderungen an die EU entspricht und der dort investiert, wo Europa mehr leisten kann als die Mitgliedstaaten das alleine könnten. Für Forschung und Innovation, für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und für ambitionierte Klimaprojekte müssen wir deswegen deutlich mehr investieren. Dazu gehört für uns auch eine gute finanzielle Ausstattung für eine moderne, progressive Landwirtschaftspolitik in der EU.

Deshalb finden wir, dass die Mitgliedstaaten generell ihre Beiträge erhöhen müssen, damit nach dem Brexit und angesichts der vielen neuen Aufgaben für die EU, ein ausreichendes Budget vorhanden ist.

**8 Müssen Tiertransporte in der EU strenger geregelt werden?**

**Antwort:**

Auf Europas Straßen sind jährlich über eine Milliarde Tiere unterwegs. Mindestens sechs Millionen von ihnen werden auf Strecken transportiert, die über acht Stunden in Anspruch nehmen. Wir SozialdemokratInnen prangern an, dass dabei die gesetzlichen Mindestvorgaben nur selten in einem ausreichenden Maße erfüllt werden. Am Ende der Rechnung ist der Transport von lebendigen Tieren oft billiger als der Transport des Fleisches. Das kann nicht sein.

Wir fordern deshalb, dass Langstreckentransporte für erwachsene Tiere auf maximal acht Stunden, für nicht-entwöhnte Tiere auf vier Stunden, begrenzt werden müssen. Dies muss auf EU-Ebene verpflichtend eingeführt wird.

Gerade auch bei Transporten in Drittstaaten dürfen sich die Mitgliedstaaten nicht aus der Verantwortung stellen. Nach der ständigen Rechtsprechung dürfen sie bereits strengere nationale Vorschriften für den Schutz von Tieren beim Transport einführen, solange diese mit dem Hauptziel der Verordnung (EG) Nr. 1/2005 im Einklang stehen. Zudem hat der Europäische Gerichtshof bereits 2015 im sogenannten Zuchtvieh-Fall (C-424/13) entschieden, dass der Tierschutz nicht an der Unionsgrenze endet, sondern EU-Vorschriften bis zum endgültigen Bestimmungsort des Lebewesenverkehrs gelten.

Als SozialdemokratInnen fordern wir, dass die Umsetzung der EU-Gesetzgebung zum Wohle der Tiere erfolgt und dass ansonsten die entsprechenden Sanktionen durchgesetzt werden. Dies muss auch in Drittländern sichergestellt werden, sonst dürfen keine Tiere dorthin transportiert werden.

Deshalb fordern wir, dass die Mitgliedstaaten ihre Verantwortungen im Rahmen der Verordnung 1/2005 auch konsequent erfüllen. Wenn dies nicht geschieht, muss die EU-Kommission gegen die entsprechenden Mitgliedstaaten ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

Zudem setzen wir SozialdemokratInnen uns für eine neue, nachhaltige Agrarpolitik ein, denn hohe Tierschutzstandards sind für uns zentral.